

Pro Scientia Treffen Linz
15.04.2013

**Titel: Institutionalisierte Revolutionen und das Scheitern der
Demokratie – dargestellt am Beispiel der Ukraine**

Referentin: Claudia Stubler

I. Einleitung

Im Winter 2004 rückte die Ukraine aufgrund der Orangen Revolution in den Blickpunkt des internationalen Geschehens. Trotz eisiger Kälte protestierten mehr als eine halbe Million Menschen auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew gegen Korruption und Wahlfälschung. Heute, also fast ein Jahrzehnt später, ist dieses Ereignis Schnee von gestern: Die Ukraine kratzte in jüngster Vergangenheit mehrmals am Staatsbankrott, belegt 2012 Platz 144 (von 174) des TI-Korruptionswahrnehmungsindex und ihr Präsident Janukowytsh, Liebling des mächtigen Donezker Oligarchenclans, bemüht sich das Land nach belarussischem Vorbild zu einer Autokratie umzugestalten. Gelegentlich schmücken auch die Schlägereien von Abgeordneten im ukrainischen Parlament die internationalen Schlagzeilen.

Das Scheitern der Orangen Revolution im Zusammenhang mit der Rückkehr des Transitionsprozesses wirft viele interessante Aspekte auf. Insbesondere stellt sich die Frage, inwieweit der Institutionalisierungsprozess des orangenen Lagers hierfür verantwortlich ist.

II. Historische Eckdaten der Ukraine

Die Ukraine stellte den südwestlichen Teil des Kiewer Großreiches im 9. Jahrhundert dar, welches sich aus ostslawischen Stämmen auf dem heutigen Staatsgebiet von Russland, Belarus und eben der Ukraine zusammensetzte. Seit dem 14. Jahrhundert stand die Ukraine beziehungsweise Teile davon abwechselnd unter dem Einfluss der Nachbarmächte.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte eine Einverleibung der Ukraine in das russische Reich in mehreren Etappen. 1919 wurde das Land ohne Galizien zu einer Sowjetrepublik. Das gesamte Staatsgebiet der heutigen Ukraine gehörte erst ab 1945 gänzlich der Sowjetunion an. Obwohl es den UkrainerInnen an staatlicher Tradition mangelte und spätestens seit dem stalinistischen Terror eine Russifizierung im gesamten öffentlichen Leben stattfand, konnten ukrainische National- und Unabhängigkeitsbewegungen dennoch nicht völlig im Keim erstickt werden. Nach dem Einzug von Perestroika und Glasnost trafen in der Ukraine Unzufriedenheit mit dem autoritären Sowjetsystem und die inzwischen instrumentalisierten Nationalitätenpolitik zusammen. Die Verharmlosung der Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl mobilisierte breitere Kreise in der Ukraine. Schließlich wurde im Sommer 1991 die Unabhängigkeit der Ukraine proklamiert.

Da die Ukraine ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Gegensatz zu anderen früheren Sowjetrepubliken ohne größere Konflikte erreichte, gab es innerhalb der Bevölkerung keine integrative Wirkung eines gemeinsamen Befreiungskampfes. Dieser Punkt ist insofern relevant, da innerhalb der ukrainischen Bevölkerung immer noch der historisch bedingte Konflikt zwischen Ost und West vorherrscht. Die Führungskader der KP, die nach dem Zerfall der Sowjetunion größtenteils an der Macht blieben, nutzten diese Disposition geschickt dazu, um das Land in einem zersplitterten, verschüchterten und desorientierten Zustand zu halten. Die erste Phase des neuen Staatswesens kann als nationale und demokratische Hülle mit sowjetischem Inhalt beschrieben werden. Da Reformen nur schleppend vorangingen, erlebte die Ukraine bald einen dramatischen Wirtschaftseinbruch. Als Kutschma, der Direktor des größten sowjetischen Rüstungskonzerns war, Mitte der 1990er an die Macht kam, riss er immer mehr Kompetenzen an sich und hebelte so die Demokratie aus. Vor allem während seiner zweiten Amtszeit als Präsident verstärkten sich die Tendenzen zum Autoritarismus. Wahrscheinlich konnte nur der Skandal rund um seine Verstrickung mit einem Journalistenmord verhindern, dass er sich per Referendum eine dritte Amtszeit ermöglichen ließ. Bei der Präsidentschaftswahl 2004 favorisierte er Premierminister Janukowitsch, der sich bereits im ersten Wahlgang massiver Wahlfälschung bediente. Bei der Stichwahl gewann dieser mit hauchzartem Vorsprung gegen den Oppositionskandidaten Juschtschenko. Die Bevölkerung ließ sich das nicht bieten, ging auf die Straße und so kam es vor allem im Westen zu Massenprotesten, die Orange Revolution (orange war die Farbe des Oppositionsblocks) war geboren. Das Oberste Gericht erklärte die Stichwahl für ungültig, bei deren Wiederholung gewann Juschtschenko mit knappem Vorsprung. Gleich zu Beginn seines Wirkens als Präsident setzte er umfassende Demokratisierungsreformen durch, doch nur wenige Monate später zerwarf er sich mit der neuen Premierministerin Timoschenko, die als Galionsfigur der Orangen Revolution gilt. Die Streitigkeiten innerhalb des orangenen Lagers

konnte Janukowitschs Partei der Regionen gut für sich nutzen, bereits 2006 gewann sie die Parlamentswahlen. Was folgte waren offene Machtkämpfe und eine Staatskrise, da auch eine Neuauflage des orangenen Lagers nicht funktionierte. Parallel wurde die Ukraine ab 2008 von der Finanz- und Wirtschaftskrise stark erschüttert.

Bei der Präsidentschaftswahl 2010 wurde Juschtschenko nicht wiedergewählt, und bei der Stichwahl zwischen Timoschenko und Janukowitsch gaben die der politischen Stagnation überdrüssigen UkrainerInnen Janukowitsch den Vorzug.

III. Revolution und soziale Bewegung

Unter politischer Revolution wird die grundlegende Umgestaltung der politischen Institutionen mit einem Austausch der politischen Eliten verstanden, wobei der Übergang abrupt erfolgt. Damit eine Revolution von Erfolg gekrönt ist, bedarf es einer breiten Zustimmung der Bevölkerung. Getragen werden Revolutionen meist von der Zivilgesellschaft bzw. sozialen Bewegungen, wobei hier zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen differenziert wird: Das Hauptziel von alten sozialen Bewegungen stellte ein Wandel durch Machtübernahme dar und war zumeist universalistisch und vom Klassendenken geprägt. Neue soziale Bewegungen hingegen zeichnet aus, dass sie zwar eine Änderung der Situation anstreben, jedoch nicht selbst zur politischen Elite werden wollen. Das Ziel ist somit die Beeinflussung der Politik, was überwiegend mit zivilem Ungehorsam erreicht werden soll.

Soziale Bewegungen weisen einen weitaus geringeren Formalisierungsgrad auf als formale Organisationen wie etwa politische Parteien oder Vereine. Es gibt keine strikt geregelten Aufgaben, Vertretungs- oder Kompetenzverteilung bzw. -zuteilung, da die Mitgliedschaft zu einer sozialen Bewegung nicht eindeutig definiert ist. Die Protesthandlungen jedoch müssen koordiniert sein und auf bestimmte Strategien abzielen, da ansonsten kein sozialer Wandel möglich ist. Da soziale Bewegungen mit knappen Ressourcen agieren müssen, grenzen sie ihre Forderungen thematisch ein. Theoretisch könnten sie darauf abzielen, die gesamte Öffentlichkeit anzusprechen, jedoch können sie nicht alles zugleich zu ihrem Thema machen.

Die sozialen Bewegungen in der Ukraine sind vor allem durch ihre nationalen Bestrebungen geprägt, was zeigt wie sehr die Spaltung der Bevölkerung, ausgelöst durch den andauernden Einfluss von Nachbarmächten, bis heute nachwirkt und noch lange nicht überwunden ist.

Der Orange Revolution ging von mehreren lose zusammenhängendem und sehr heterogenen AkteurInnen (sowohl NGOs als auch Parteien und einzelne PolitikerInnen) aus, die sich schon vor 2004 nach und nach formierten. Ab 2000 kam es zu einer Kette von Demonstrationen, Protesten und Aktionen, die sich gegen Kutschma richteten und seine Amtsenthebung forderten. Dieser konnte sich zwar dank dem Rückhalt der Oligarchen an der Macht halten, den einfachen Menschen, die plötzlich die Straßen Kiews füllten, konnte er aber trotz massiver Repressalien nichts entgegensetzen. Nachdem Timoschenko 2001 sechs Wochen wegen des Vorwurfes der Steuerhinterziehung im Gefängnis saß, gewann die Protestbewegung an Aufschwung. Die Inhaftierung Timoschenkos sollte Kutschma als den entscheidenden politischen Fehler seines Lebens bereuen. Als feststand, dass Kutschma keine dritte Amtsperiode durchsetzen konnte, jedoch Janukowitsch als seinen Nachfolger, wenn nötig mittels Wahlfälschung, an der Spitze des Staates sehen wollte, organisierte sich das orange Lager schon Monate vor den Präsidentschaftswahlen. Während der Stichwahl erreichten die Spannungen ihren Höhepunkt. Juschtschenko-AnhängerInnen errichteten Wahlzelte auf dem Platz der Unabhängigkeit und werteten die Wahlverstöße aus. Es folgten 17 Tage einer friedlichen Revolution, in denen sich der Protest gegen den manipulierten Wahlsieg von Janukowitsch und den steigenden Einfluss Russlands auf die Ukraine richtete. Wichtig ist hierbei anzumerken, dass es dieser Bewegung nicht primär darum ging, ausgerechnet Juschtschenko ins Präsidentenamt zu hieven, sondern, dass demokratische Prozesse wie etwa faire Wahlen umgesetzt werden.

Wie sich im Fall der Ukraine zeigt, muss eine Revolution aber nicht zwingend zu einer Konsolidierung der Demokratie führen. Obwohl sie anfänglich viel zur Transition beigetragen hat, scheiterte die orange Bewegung schnell.

IV. Institutionalisierung vs. Demokratisierung

Viele TheoretikerInnen stehen dem Institutionalisierungsprozess einer sozialen Bewegung kritisch gegenüber. Der Übergang zu einer formalen Institution ist jedenfalls mit einer Verringerung der AnhängerInnenschaft verbunden.

Die Orange Bewegung in der Ukraine stellt hierbei ein geradezu perfektes Fallbeispiel dar: Von dieser Bewegung ist nämlich wenig übrig geblieben. Die AkteurInnen, die aus der Politik kamen, kehrten dorthin zurück. Und auch Teile der Bewegung, die eigentlich aus der Zivilgesellschaft stammten, versuchten mehr oder weniger erfolgreich in die Politik einzuziehen. Nur die damaligen HauptakteurInnen hatten nach der Orangen Revolution wichtige politische Posten inne, wobei sie sich nicht mehr auf einer Linie befanden und sich immer mehr aufgesplittet hatten. Da die pluralistische Demokratie in der Ukraine ungewohnt war und auch nicht vergessen werden darf, dass die einzelnen PolitikerInnen vom staatssozialistischen System geprägt waren (homo sovieticus), versuchten sie ihren Einflussbereich auszuweiten und möglichst viel Macht an sich zu reißen. Dies führte zu gegenseitigen Anschuldigungen und Feindseligkeiten zwischen den Lagern von Juschtschenko und Timoschenko, wodurch sich wiederum Janukowitsch die Machtübernahme sichern konnte, denn wenn sich zwei streiten, freut sich bekanntlich der Dritte.

Weiters darf nicht vergessen werden, dass die ukrainische Bevölkerung gespalten ist: Die rund 20% ethnischen RussInnen leben hauptsächlich im Osten und Süden des Landes. Diese demographische Zusammensetzung schlägt sich auch in der Sprache nieder: Im östlichen und südlichen Teil der Ukraine nutzen 50% der Bevölkerung Russisch als Hauptumgangssprache, auch die ethnischen UkrainerInnen kommunizieren dort auf Dies spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen wider: In der Westukraine werden eher Parteien gewählt, die mit EU, NATO und den USA zusammenarbeiten wollen. Die ost- und südukrainische Bevölkerung bevorzugt Parteien, die sich an Russland orientieren. Dieser Faktor erschwert die Demokratisierung zusätzlich, da nur schwer Mehrheiten gefunden werden.

Da es die neuen Parteien, die sich aus dem orangen Lager herauskristallisiert hatten, nicht geschafft haben auf produktive Weise zusammenzuarbeiten, waren die UkrainerInnen schon bei den nächsten Parlamentswahlen so frustriert, dass die Partei der Regionen von Janukowitsch mangels Alternativen Wahlsiegerin wurde. 2010 gewann Janukowitsch auch die Präsidentschaftswahlen. Er schlägt ganz klar einen autoritären Weg ein, so ließ er politische GegnerInnen einsperren, hebelte die Unabhängigkeit der Justiz aus und machte alle Reformen von 2004 rückgängig. Obwohl er sich dem autoritären Russland annähert, versucht er auch den Forderungen von IWF nachzukommen und bescherte den UkrainerInnen neoliberale Giftpillen wie Pensionskürzungen und steigende Energiepreise.

V. Fazit

Das Auseinandertrifften der orangen Bewegung im Zuge der Institutionalisierung in Kombination mit dem Ost-West-Konflikt ist der Hauptgrund, dass der eingeleitete Transitionsprozess nicht zu einer konsolidierten Demokratie in der Ukraine führen konnte. Dank der Politik des Rückschritts von Janukowitsch befindet sich die Ukraine in einer ähnlich schlechten Verfassung wie kurz nach der Unabhängigkeit. Doch auch exogene Faktoren sind hierfür verantwortlich: So gab es zB seitens der EU keinerlei Aussicht für einen Beitritt der Ukraine. Für die Konsolidierung anderer zentral- und osteuropäischer Staaten stellte aber gerade diese Perspektive einen entscheidenden Faktor zur erfolgreichen Demokratiesierung dar. Durch die Vorgaben des IWF, an die sich die Ukraine bei sonstiger Nichtauszahlung von Kredittranchen halten muss, droht das ukrainische Sozialsystem vollends zu kollabieren.

Meiner Meinung nach können soziale Bewegungen ihre Zielsetzungen am besten erreichen und umsetzen, wenn sie sich sowohl aus erfahrenen PolitikerInnen (strategischer Kern), als auch aus Menschen aus der Zivilbevölkerung (operativer Kern) zusammensetzen. Doch auch hier läuft die soziale Bewegung in Gefahr, dass die PolitikerInnen das Ruder an sich

reißen, weil sie schlichtweg über einen größeren politischen Erfahrungsschatz und social skills verfügen als die einfache Zivilbevölkerung. Daher wäre eine Art Gewaltenteilung im Sinne von checks and balances innerhalb von sozialen Bewegungen sinnvoll, damit niemand übergangen wird und ein Auseinanderbrechen wie im Falle der Orangen Revolution verhindert werden kann. Basisdemokratische Ansätze von sozialen Bewegungen sind jedenfalls als positiv zu werten, da sie eine Alternative zu althergebrachten politischen Prozessen darstellen.

Quellen

- Habermas, Faktizität und Geltung, 5. Auflage (1997), Frankfurt, Suhrkamp
- Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine (1994), München, Beck
- Klein, Schockstrategie (2007), Frankfurt, Fischer
- Linz/Stepan, Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist-Europe (1996), Baltimore, John Hopkins Univ. Press
- Rjabtschuk, Die reale und die imaginierte Ukraine (2005), Frankfurt, Suhrkamp
- Rucht, Modernisierung und neue soziale Bewegungen (1994), Frankfurt, Campus-Verlag
- Simon (Hg.), Die neue Ukraine, Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (2002), Köln, Böhlau
- Templin, Farbenspiele – Die Ukraine nach der Revolution in Orange (2008), Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung